

Leipziger Memorandum

verabschiedet vom Vorstand des Bundesverbandes
anthroposophisches Sozialwesen
am 7. Dezember 2020

Das vorliegende Memorandum entstand im Anschluss an die Sitzung des Verbandsrates vom 4. bis 6. November 2019 des Bundesverbandes anthroposophisches Sozialwesen an der Karl Schubert Schule in Leipzig.

In dieser Sitzung haben Kolleginnen und Kollegen von Situationen berichtet, in denen Menschen mit Assistenzbedarf, Mitarbeitende und Freiwilligendienstleistende aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Behinderung oder ihrer politischen Einstellung diskriminiert und ausgegrenzt wurden, Vorurteilen begegnet sind und in Einzelfällen auch Gewalt erfahren haben. Angesichts solcher gesellschaftlicher Entwicklungen entstand in uns der Impuls, dass wir uns als Fachverband im sozialen Bereich klar politisch positionieren wollen. Ganz im Sinne von: Gemeinsam Mensch sein.

Leipziger Memorandum

verabschiedet vom Vorstand des Bundesverbandes anthroposophisches Sozialwesen am 7. Dezember 2020

Die Mitgliedsorganisationen im Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen gestalten Angebote und Dienste zur Unterstützung von Menschen, die zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf Assistenz angewiesen sind.

Durch Beratung, Begleitung und Bildung werden gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen individuell passende Wege zu einer möglichst großen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entwickelt.

An dieser verantwortungsvollen Aufgabe wirken Menschen aus vielen Ländern der Welt mit. Sie gehören verschiedenen Kulturen, Religionen, Weltanschauungen oder sexuellen Orientierungen an.

Gegenseitiger Respekt, Toleranz und die Achtung dieser Vielfalt sowie jedes einzelnen individuellen Menschen sind die leitenden Werte unseres Miteinanders.

Das in der Anthroposophie begründete Menschenbild und die darin begründete Überzeugung, dass jeder Mensch einen geistig-spirituellen Wesenskern hat und damit einzigartig ist, sind hierfür die Basis.

In diesem Sinne wollen wir Arbeits-, Lern- und Lebensorte schaffen, an denen Empathie, Wertschätzung, Mitmenschlichkeit und Solidarität zentrale Werte darstellen.

Zugleich stehen wir für eine Gesamtgesellschaft, die von Vielfalt und der Einzigartigkeit eines jeden Menschen geprägt ist.

Dies bedeutet, dass wir in unserer politischen Grundhaltung nicht nur für die Rechte und Interessen von Menschen mit Assistenzbedarf eintreten, sondern auch für die Rechte und Interessen aller Gruppen, die Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren.

Denn:

- Wir sind überzeugt, dass die Anerkennung von Vielfalt den Zusammenhalt in einer Gesellschaft stärkt.
- Wir sind überzeugt, dass eine vielfältige Gesellschaft die Stärke von Unterschieden zwischen Menschen sichtbar macht.
- Wir sind deshalb überzeugt, dass Inklusion nur in einer Gesellschaft gelingen kann, die durch Anerkennung von Vielfalt geeint ist.

Dies bedeutet für uns auch, dass wir uns selbst und unsere Arbeit reflektieren. Dazu zählen die Prüfung eigener Denkmuster und das Hinterfragen eigener Vorurteile, im Verband, in unseren Einrichtungen und Diensten.

Von allen Mitarbeitenden, aber auch von Partnerinnen und Partnern, die geschäftlich mit uns zu tun haben oder haben wollen, erwarten wir, dass sie diese Haltung teilen.

Wir erwarten von ihnen, Verhaltensweisen zu unterlassen, die zum Ausdruck bringen, dass sie eine diverse, inklusive und kulturell vielfältige Gesellschaft ablehnen, oder dass sie unsere freiheitliche demokratische und soziale rechtsstaatliche Grundordnung nicht anerkennen.

Dies kann sich ausdrücken

- in der Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien oder Gruppierungen, die diese Werte nicht anerkennen;
- durch Äußerungen, in denen Positionen vertreten werden, die diesen Werten zuwiderlaufen;
- durch die Verwendung von Kennzeichen mit menschenverachtenden Inhalten sowie das Tragen von Kleidung, die entsprechende Positionen oder Zugehörigkeiten verdeutlichen soll.

Wir sind offen für jeden sachlichen Diskurs und gerne bereit, auch mit Andersdenkenden über unsere Werte ins Gespräch zu kommen.

